

# BLICKPUNKT PLENUM

26. – 28. Mai 2015

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



## Hessen braucht echte Ganztagschulen – Ausbau von 3 auf 30 Prozent

Die SPD-Landtagsfraktion hat in der Plenardebatte im Hessischen Landtag den Ausbau von Ganztagschulen gefordert. Echte Ganztagschulen sind in Hessen seit Jahren Mangelware. Das derzeitige Angebot deckt nicht annähernd die Nachfrage. Im Grundschulbereich ist die Nachfrage besonders hoch. Um die Riesenlücke zwischen Elternwunsch und Wirklichkeit zu verringern, fordert die SPD-Fraktion den bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen im Profil 3, vor allem, aber nicht nur im Grundschulbereich und auf freiwilliger Basis. Allen Schulen, die dies wollen, muss es ermöglicht werden, sich zu rhythmisierten Ganztagschulen weiterzuentwickeln. Aus den 3 Prozent der Schulen mit verbindlichem Ganztagsbetrieb können dann stufenweise 30 Prozent werden.

Die Landesregierung hat bisher an Schulen wenig zu bieten. Wer mehr echte, rhythmisierte Ganztagschulen in Hessen will, muss die Ressourcenfrage klären und den notwendigen Ausbau ernsthaft angehen. Schöne Worte und symbolische Schulbesuche nach dem Motto „doppelt gemoppelt, hält besser“ reichen nicht aus.

Hessen braucht einen konkreten Ausbauplan und nicht nur einige neue Ganztagschulklassen und ein wenig mehr Hortbetreuung an Schulen. Die Vorteile von gebunden und teilgebunden arbeitenden Schulen liegen auf der Hand: Mehr Zeit und klare Orientierung für individuelle Förderung von Kindern, Lernzeiten statt Hausaufgaben, multiprofessionelle Teams, Öffnung der Schulen zum Umfeld und pädagogische Konzepte, die den gesamten Schulalltag umfassen. Studien belegen, dass der Besuch von echten Ganztagschulen das Risiko von Klassenwiederholungen und problematisches Sozialverhalten verringert und das Familienleben entspannt. Investitionen in Ganztagschulen lohnen sich, denn ganztags ist pädagogisch, sozialpolitisch und wirtschaftlich sinnvoll.

Seit Jahren werden Schulen mit Nachmittagsangebot als Ganztagschulen verkauft - und die Schulen zudem bei der Umsetzung sehr guter Konzepte mit Almosen abgespeist. Für den Ganztagschulenausbau müssen die personellen Ressourcen bedarfsgemäß verteilt werden und eine verlässliche Lehrerversorgung an allen ganztätig arbeitenden Schulen auf der Grundlage eines Konzeptes gewährleistet werden. Jetzt zusätzliche Stellen zu versprechen, die jedoch nicht neu ins System einfließen, sondern nur umgeschichtet werden, ist fadenscheinig. Die SPD warnte angesichts der geplanten Kürzungen bei der Lehrerzuweisung davor, Schulen gegeneinander auszuspielen. Taschenspielertricks sind nicht förderlich für die Akzeptanz von Ganztagschulenausbau und Inklusion.

Die SPD erwartet, dass die Landesregierung den Ganztagschulenausbau nicht nur wegen des Bildungsgipfels forciert, sondern auch die SPD-Initiative für mehr Bildungschancen, Bildungsgerechtigkeit und individueller Förderung unterstützt. Statt für 50 Pakt-Schulen ein neues Programm aus dem Boden zu stampfen, hätte auch eine Aufstockung des bestehenden Ganztagschulprogramms gereicht.

## Landesregierung muss eigenständige Oberstufen ermöglichen

Schulträger müssen wieder eigenständige Oberstufen einrichten können. Die SPD hat einen Gesetzentwurf erarbeitet, der ein Gesetz aus dem Jahr 2004 ändert, das den Schulträgern die Neugründung von Oberstufenschulen zeitnah und überall dort, wo sie dringend gebraucht werden, verwehrt. Immer mehr Schülerinnen und Schüler wollen nach Absolvierung der zehnten Klasse einer Gesamtschule,

Real- oder Mittelstufenschule den Weg zum Abitur gehen. Der Zugang zu einer gymnasialen Oberstufe muss überall in Hessen möglich sein – unabhängig davon, welchen Bildungsgang ein Schüler durchläuft. Ein Bildungsangebot fehlt zwar augenscheinlich vor allem in Großstädten. Perspektivisch muss aber angesichts zurückgehender Schülerzahlen gerade im ländlichen Raum ein entsprechendes Bildungsangebot vorhanden sein.

## **Bouffier übernimmt Schönfärberei von Rhön**

Als „peinliche Posse“ hat die SPD-Landtagsfraktion den Bericht der Frankfurter Rundschau zum Offenen Brief von Ministerpräsident Bouffier an den Betriebsrat des Universitätsklinikums Gießen und Marburg bezeichnet. Dass der Ministerpräsident abgeschrieben hat, ist nicht verwunderlich. Dass er sich dabei aber auch noch als Lobbyist von Rhön einspannen lässt und deren schöngefärbte Personalrechnung übernimmt, ist ein Affront gegenüber den Beschäftigten des Uniklinikums Giessen und Marburg. Hintergrund war die Bitte der Beschäftigten des Uniklinikums Giessen und Marburg um Unterstützung wegen zunehmenden Personalmangels und Überlastung. Die Antwort des Ministerpräsidenten soll laut Pressebericht aus kopierten Texten der Arbeitgeberhomepage bestanden haben.

Der Ministerpräsident ignoriert die Nöte der Beschäftigten, die er und die CDU mit dem Verkauf des Universitätsklinikums mit verursacht haben. Eine Entschuldigung des Ministerpräsidenten bei den Betroffenen ist unverzichtbar.

## **Was macht Hessen mit den Bundesmitteln für Flüchtlingsunterbringung?**

In der Aktuellen Stunde des Hessischen Landtags hat die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung aufgefordert, in der Frage der Verwendung der vom Bund in den Jahren 2015 und 2016 zur Entlastung der Kommunen von den Kosten der Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung gestellten Mittel endlich die Karten auf den Tisch zu legen.

Das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene ist mittlerweile abgeschlossen, es gibt keine besonderen Auflagen für die Verwendung der Mittel außer der allgemeinen Zweckbindung für Zwecke der Flüchtlingsbetreuung. Das Geld wird ohne Zweifel am dringendsten bei den Kommunen benötigt, deren Defizite in diesem Bereich mit jedem zusätzlich aufzunehmenden Flüchtling steigen. Doch die Landesregierung weigert sich, zu erklären, wie sie die Bundesmittel verteilen will. Auch gibt es keine Zusagen, dass die Mittel zu 100 Prozent an die Kommunen weitergeleitet werde. Die Kommunen haben aber einen rechtlichen und politischen Anspruch darauf, dass ihnen die Kosten, die ihnen durch die Übernahme einer gesamtgesellschaftlich bedeutsamen Aufgabe entstehen, im Rahmen kostendeckender Pauschalen erstattet werden. Dafür werden die 37 Millionen Euro nicht ausreichen, aber es wäre schon mal ein weiterer größerer Schritt.

Vollkommen inakzeptabel ist die Weigerung der Landesregierung, den Kommunen unter dem Schutzschirm die steigenden Kosten der Flüchtlingsbetreuung als „Prognosesteuerung“ anzuerkennen. Die Folge davon ist, dass die Kommunen unter dem Schutzschirm gezwungen werden, dieses Defizit durch drastische Einschnitte an anderer Stelle zu kompensieren.

## **Unkonventionelles Fracking muss grundsätzlich verboten werden**

Die SPD-Landtagsfraktion hat ein grundsätzliches Verbot des unkonventionellen Frackings in Deutschland gefordert. Mit dem Gesetzentwurf der Großen Koalition zu Fracking wird dieser Technologie Grenzen gesetzt. Nach geltendem Recht ist Fracking zur Erdgasgewinnung in Deutschland derzeit grundsätzlich erlaubt. Dies gilt sowohl für konventionelles Fracking wie auch das unkonventionelle Fracking. Mit dem jetzt von Bundesumwelt- und Bundeswirtschaftsministerium vorgelegten Gesetzentwurf wird das geändert. Die vorliegenden Gesetzentwürfe nehmen das in Angriff, was die Vorgängerregierung nicht geschafft hat. Allerdings muss im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch nachgebessert werden. Daher sind die Beschlüsse des Bundesrats von Anfang Mai hilfreich, die maßgeblich von der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen initiiert worden sind. So ist fraglich, ob das vorliegende Gesetzespaket ausreicht, um die Umwelt und die Gesundheit der Menschen bestmöglich zu schützen.